bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 15 | 22. Juli 2005

Rechte Szene 2

Jährlicher Höhepunkt
Ungeachtet eines möglichen Verbots laufen in der Neonazi-Szene die Vorbereitungen für den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel.

"Bündnis der Nationalen"
Skinheads und Neonazis beim „Rock für Deutschland"-Freiluftspektakel der NPD in Gera.

Die "Volksfront" steht
In den nördlichen Bundesländern hat die NPD jetzt überall ihre Kandidaten aufgestellt.

Hoffnungsträger
Der NPD-Funktionär Michael Andrejewski soll nach den Wunschvorstellungen seiner Partei bei der Bundestagswahl ein Direktmandat holen.

"Hemmungsloses Auftreten"
Brandenburg verbietet Neonazi-Kameradschaft – die rechte Gewalt hält unvermindert an.

Anklage wegen Schulhof-CD
Neonazi-Unternehmer steht im Herbst voraussichtlich vor Gericht.

Verfassungsschutz 7

Neonazis in der NPD
In Thüringen wächst das militante Spektrum an.

Ausland 8

Gebombt und gemordet
Ex-FN-Bürgermeister errichtet rechtsterroristischen OAS-Kämpfern ein Denkmal.

Demokratische Initiativen 8

Verfolgte des NS-Regimes
In einer Broschüre wird an den sozialdemokratischen Widerstand in Hamburg erinnert.

In die Offensive gehen
Bremer Tageszeitung dokumentiert ihre Auseinandersetzung mit der extremen Rechten.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Ungeklärter Tod
Der Gerstein-Bericht gilt als wichtiges Dokument zur Vernichtungspolitik der Nazis.

Meldungen 11

Rechte Szene

Jährlicher Höhepunkt

Ungeachtet eines möglichen Verbots laufen in der Neonazi-Szene die Vorbereitungen für den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel.

Für die bundesdeutschen Neonazis ist er – neben ihrem Aufmarsch zum „Heldengedenktag“ im brandenburgischen Halbe – jedes Jahr aufs Neue das zentrale Demonstrationsereignis: der Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im August in Wunsiedel. Ob er – wie von seinem Anmelder, dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, geplant – am 20. August stattfinden darf, werden wieder einmal die Gerichte zu entscheiden haben.

Anfang Juli hat das Landratsamt Wunsiedel die Veranstaltung, die in den letzten Jahren immer mehr Neonazis aus Deutschland und anderen europäischen Ländern ins Oberfränkische lockte, verboten. Landrat Peter Seißer rechnet sich wegen der Anfang April in Kraft getretenen Verschärfung des Versammlungsrechts bessere Chancen als in den Vorjahren aus, dass das Verbot auch vor den Gerichten bis hin zu den Verfassungsrichtern in Karlsruhe Bestand haben wird. Dabei baut Seißer vor allem auf die Neufassung des Volksverhetzungsparagraphen 130 des Strafgesetzbuches, der nun auch die Verherrlichung der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft mit Sanktionen belegt.

Rieger freilich gibt sich optimistisch, dass auch in diesem August die Rechtsextremisten durch Wunsiedel ziehen dürfen. „Da dergleichen“ – Rieger meint das NS-Regime – „in Wunsiedel auch in den vergangenen Jahren nicht verherrlicht oder gebilligt wurde, ist das Gesetz nicht einschlägig“, schreibt er. Landrat Seißer habe wie in den Vorjahren keine Chance. Entscheiden muss in erster Instanz das Verwaltungsgericht Bayreuth. Danach sind der Bayerische Verwaltungsgerichtshof und gegebenenfalls das Bundesverfassungsgericht gefragt. Spätestens in Karlsruhe, so zeigt sich das „Wunsiedel-Komitee“ rund um Rieger überzeugt, werde das Verbot gekippt.

Bis ins Jahr 2010 hat der Neonazi-Anwalt Aufmärsche zu Ehren von Heß angemeldet, den die Szene als „Märtyrer des Friedens“ und „Friedensflieger“ glorifiziert. Riegers Konzept ging in den letzten Jahren auf: Stetig stiegen die Teilnehmerzahlen, zuletzt im August 2004 auf fast 5000. Das „Wunsiedel-Komitee“ sprach gar von 7000 Teilnehmern und einem „Riesenerfolg“. Darauf will das Komitee beim diesjährigen Heß-Marsch unter dem Motto „Seine Ehre galt ihm mehr als die Freiheit“ aufbauen. Die Organisation der Veranstaltung liegt einer Mitteilung von Christian Worch zufolge diesmal in den Händen von Lars Jacobs, der in den letzten Jahren auch die Neonazi-Demonstrationen in Halbe anmeldete und leitete. Ungeachtet des möglichen Verbotes laufen die Vorbereitungen weiter. Aktuell sucht das Komitee freiwillige Kräfte für den „Ordnerdienst“ und für das „Braune Kreuz“, den Sanitätstrupp der Neonazis.

Und auch den teilnehmenden Kameraden werden schon Tipps für das richtige Verhalten mit auf den Weg gegeben. Strömungsübergreifend soll das Gedenken ausfallen: Entsprechend werden „keine Fahnen, die auf irgendeine Partei oder spezielle politische Gruppierung hinweisen, zugelassen“. Einen guten Eindruck will man hinterlassen: „Für die Dauer der Anreise und die Veranstaltung gilt striktes Alkoholverbot.“ Kaum überraschend dürfte sein, dass einige der Kameraden extra auf die Erfordernisse des Versammlungsrechts hingewiesen werden müssen: „Da es sich um eine öffentliche Versammlung handelt, dürfen keine Gegenstände, die als Waffen benutzt werden könnten, mitgeführt werden.“ Auch Verteidigungsspray dürfe nicht mitgebracht werden – dies sei im Übrigen „angesichts der Kräfteverhältnisse in Wunsiedel“ auch überflüssig.

Wie schon im vorigen Jahr will die fränkische Stadt dem braunen Spuk aber nicht tatenlos zusehen. Schon seit dem Frühjahr läuft ein Programm mit Veranstaltungen, Ausstellungen, Zeitzeugengesprächen und Filmvorführungen für Toleranz und Menschenwürde und gegen Rechtsextremismus. Höhepunkt soll ein „Tag der Demokratie“ am 20. August sein, wie die Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt – nicht braun“ mitteilte. Geplant sind unter anderem eine „Meile der Demokratie“ mit Info- und Aktionsständen, Vorträge und Diskussionen sowie ein Konzert unter dem Motto „Laut gegen Nazis“.

Tomas Sager

"Bündnis der Nationalen"

Skinheads und Neonazis beim „Rock für Deutschland"-Freiluftspektakel der NPD in Gera.

Es sollte eine Ersatzveranstaltung für das abgeblasene „Pressefest" der NPD werden: das „Rock für Deutschland"-Open air in Gera. Aber nur etwa 500 Neonazis waren bereit, die insgesamt 15 Euro Eintritt für drei Rechtsrock-Bands und die eher drögen Reden der Parteifunktionäre Udo Voigt und Frank Schwerdt zu zahlen. Die Riege um den Geraer NPD-Chef Gordon Richter organisierte zum dritten Mal das Freiluftkonzert im Park der Jugend mitten in Gera. Zusätzlich sollte mit der Rede von Voigt der Bundestagswahlkampf der neonazistischen Partei eingeläutet werden.

Zwischen dem überwiegend aus jugendlichen Skinheads bestehenden Publikum und angereisten NPD-Politikern gab es kaum Berührungspunkte. So erschien der Parteichef geschützt von einem glatzköpfigen Zwei-Meter-Bodyguard, der seinen Klienten auch unter den Kameraden keinen Moment aus den Augen ließ. Der NPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Jürgen Menzel unterhielt sich angeregt mit Neonazis aus Niedersachsen, stand ansonsten aber eher verlassen herum. Die thüringischen Parteifunktionäre André Kapke, Ralf Wohlleben und Michael Burkert hielten dagegen engen Kontakt zum militanteren Kameradschaftsspektrum. Junge Neonazis aus der Sächsischen Schweiz, aus Berlin und von den „White Rebells Franken" warteten auf die Rechtsrock-Bands „Eugenik", „Hauptkampflinie" und „Radikahl". Die Anführer des „Märkischen Heimat-Schutzes" (MHS) Gordon Reinholz und Christian Banaskiewicz bauten ihren Merchandising-Stand unter dem Slogan „Fresst keine Döner" (FKD) auf und auch die Waren der Marke „Hate-Hate" wurden unter einem blauen Gartenzelt zum Verkauf angeboten. Der Havelberger „Hate-Hate"-Versand soll zum Geschäftsimperium von Lutz Willert gehören. Links neben dem Haß-Zelt warb der „Mädelring Thüringen" für seine Aktivitäten. Frauen scheinen im Bundesdurchschnitt in Thüringen überpräsentiert zu sein, Experten gehen von einem Anteil bis zu 30 Prozent aus. Auch Erfurter Vertreterinnen der „Aktiven Frauen Fraktion" beteiligten sich am „Rock für Deutschland"-Open air in Gera. Der frisch gekürte NPD-Direktkandidat Thorsten Heise ließ sich dagegen nicht blicken. Neonazi-Anführer Patrick Wieschke, erst kürzlich aus der Haft entlassen, war als Redner angekündigt, konnte aber nicht teilnehmen, da gegen ihn erneut Haftbefehl bestand, weil er einen Kameraden zusammengeschlagen haben sollte.

Insgesamt erweckte das so genannte NPD-Open air den Eindruck, als wenn geschäftstüchtige Neonazi-Unternehmer aus der Musikbranche der NPD kurze Redezeit einräumten, um den Anschein eines „Bündnisses der Nationalen" zu wahren. NPD-Landeschef Frank Schwerdt beschimpfte in seiner Rede die kritische Thüringer Zeitung „Das freie Wort", denunzierte den Verdi-Landesvorsitzenden Angelo Lucifero, der angeblich „seine Aufgabe dazu missbraucht in Antifaschismus zu machen" und höhnte darüber, dass sich der DGB-Landesvorsitzende Spieth bei einer Demonstration in Erfurt von Polizisten wegtragen lassen musste.

Auch Schwerdts hochgelobter Zögling Patrick Weber, Direktkandidat für den Kyffhäuserkreis, schien es an Integration bei der Veranstaltung zu mangeln. Für Udo Voigt interessierte sich kaum einer, so nippte der bärtige NPD-Parteivorsitzende lächelnd an seinem alkoholfreien Bier und freute sich riesig, als ihn angetrunkene Neonazis in Tarnklamotten zum Gruppenfoto aufforderten. Absolut pressescheu agierte „Eugenik"-Sänger Jens Fröhlich aus Gera. Er versuchte den anwesenden Journalisten und Fernsehteams das Filmen während seines Auftritts zu untersagen. Ordner bedrängten einen Fotografen kurze Zeit später, angeblich widerrechtlich gemachte Portraitaufnahmen des multiaktiven Neonazi-Funktionärs zu löschen. Leicht überfordert, duldeten Angehörige der Geraer Polizei solche Exekutivmaßnahmen der selbst ernannten Ordnertruppe. Auch als es zu weiteren Ausschreitungen gegen Pressevertreter kam, griffen sie nicht ein. Neonazis liefen dagegen weiterhin mit „Landser"-Schriftzug herum und trotz Verbotes waren viele der Gäste angetrunken. Sichtlich selbstbewusst genossen die Neonazis Kapke und Wohlleben ihre augenscheinliche Macht in der Geraer City. Thüringische Aktivisten aus dem NS-Black Metal-Spektrum hielten sich dagegen eher bedeckt, sie wollen anscheinend weitere Konzertpläne für das Bundesland durch auffälliges Verhalten nicht gefährden.

Andrea Röpke

Die "Volksfront" steht

In den nördlichen Bundesländern hat die NPD jetzt überall ihre Kandidaten aufgestellt.

„Kanzler gescheitert – Jetzt NPD in den Bundestag“. Kurz und knapp begrüßte der NPD-Bundesvorstand die gescheiterte Vertrauensfrage des Bundeskanzlers. Ausführlicher betont die neonazistische Partei, dass DVU, Freie Kameradschaften, Deutsche Partei wie auch Republikaner und Offensive D-Mitglieder sich weiterhin der „Volksfront“ anschließen würden, um den NPD-Bundestagswahlkampf zu unterstützen. In den letzten Wochen haben jetzt alle NPD-Nordverbände ihre Kandidaten benannt und ihren Wahlkampf festgelegt. Die „Volksfront“ steht – so die Botschaft der Parteitage in Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

Unter dem Motto „NPD – aus der Mitte des Volkes!“ führte am 17. Juli die NPD Mecklenburg-Vorpommern ihren Parteitag bei Bützow durch. Am selben Tag kam auch die NPD Schleswig-Holstein in Steinburg zusammen. Presse war nicht immer erwünscht. Bereits an den Wochenenden zuvor hatten die Landesverbände Bremen, Niedersachsen und Hamburg ihre Landeslisten und Direktkandidaten bestimmt. Für die NPD treten auf den ersten Plätzen in Niedersachsen an: Ulrich Eigenfeld, Adolf Dammann und Siegfried Tittmann, Bremer DVU-Landtagsabgeordneter. In Bremen bewerben sich Horst Görmann und Sven Buttgereit sowie in Hamburg Jürgen Rieger und Ulrich Harder. Als Direktkandidat kämpft Rieger zusätzlich in Rostock um Wählerstimmen. Es sei „ungewöhnlich in zwei Bundesländern anzutreten“, erklärt ein Sprecher des Bundeswahlleiters, aber „rechtlich möglich“. Auf dem Parteitag der mecklenburg-vorpommerschen NPD sollen die Kandidaturen des Neonazi-Anwalts nicht groß erwähnt worden sein.

Die „gute Zusammenarbeit“ der „nationalen Kräfte“ bestimmte laut NPD-Presserklärung den Parteitag. An die Spitze der Wahlliste wurden Michael Andrejewski, Dirk Reinhardt Arend, Timo Müller und Thomas Wulff gestellt. Wulff, Referent des NPD-Vorsitzenden, hob als Wahlkampfleiter des Landesverbandes hervor, dass das Miteinander von NPD und DVU wichtig sei. Er kündigte an, die Menschen „mit gezielten öffentlichwirksamen Aktionen“ „erreichen“ zu wollen – von Informationsständen über Plakatierungen bis hin zu Flugblattverteilungen. Der NPD-Chef Udo Voigt erklärte, dass die „‘neue Linkspartei’ (…) der Versager Gysi und Lafontaine“ einzig dazu diene, „einen Einzug der NPD in den Bundestag zu verhindern“. Von einer möglichen Einflussnahme auf die Linkspartei, zu der Wulff und Voigt Anfang Juni die „nationalen Sozialisten“ aufgerufen hatten, sprachen sie nicht mehr. Über eine vermeintliche Unterwanderung ließ auch die NPD Schleswig-Holstein nichts verlauten.

Bisher beobachteten auch die Verfassungsschutzbehörden (VS) im Norden keine rechten Beitritte bei der WASG. „Der Aufruf war ein Propagandaerfolg“, hebt Maren Brandenburger, Sprecherin des VS-Niedersachsen, hervor. „Bislang gibt es keine Erkenntnisse“, sagt auch der Chef des Hamburger-VS Heino Vahldieck. „Die Programmatik dieser linken Wahlalternative ist nicht mit rechtsextremistischen Vorstellungen vereinbar“, betont er und meint, „der Aufruf diente vorrangig ihrer Selbstdarstellung“. In Schleswig-Holstein ging, wie in Mecklenburg-Vorpommern, kein NPD-Funktionär darauf ein, dass die Linkspartei durch Oskar Lafontaines „Fremdarbeiter“-Ausführungen der NPD Wähler abspenstig machen könnte. Stattdessen heißt es in einem Parteitagsbericht, dass „alle Bewerber“ der NPD zu der Bundestagswahl „die Interessen der ‘kleinen Leute’ vertreten“ wollten. Nach den Landtagswahlen seien sie jetzt „verstärkt durch neue Mitglieder“ besser für die Bundestagswahl aufgestellt. Auf die ersten Listenplätze wählten sie Uwe Schäfer, Jens Lütke und Ingo Stawitz. Für Ost-Holstein haben sie noch keinen Direktkandidaten gefunden. Mit „entsprechendem Werbematerial“ wollen sie um die Wählergunst werben. Von geplanten Informationsständen, wie Wulff sie für Mecklenburg-Vorpommern ankündigte, verriet Wahlkampfleiter Stawitz nichts.

Die Hamburger NPD, die bereits am 3. Juli ihre Kandidaten wählte, ist längst im Wahlkampf. Zwei Informationsstände haben sie schon in den Stadtteilen Lohbrügge und Wandsbek durchgeführt. Weiter Aktionen sollen bis zur Wahl folgen. Die Freien Kameraden aus der Hansestadt sagten schon wieder ihre Unterstützung zu.

Andreas Speit

Hoffnungsträger

Der NPD-Funktionär Michael Andrejewski soll nach den Wunschvorstellungen seiner Partei bei der Bundestagswahl ein Direktmandat holen.

In NPD-Kreisen wird Michael Andrejewski als einer derjenigen Bundestagskandidaten angesehen, der Chancen auf ein Direktmandat habe und im Verbund mit zwei weiteren Kandidaten der NPD den Einzug in den Bundestag bescheren könnte. Andrejewski ist ostvorpommerscher NPD-Kreistagsabgeordneter (Anklam), erster stellvertretender NPD-Kreisvorsitzender Ostvorpommern/Greifswald und Beisitzer im NPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern. In der Lokalpresse gilt der 45-Jährige als „parlamentarischer Arm der rechten Szene samt ihrer freien Kameradschaften“ („Nordkurier“). Der „fachkundige und bürgernahe Nationalist“ (NPD) Andrejewski, von Hause aus Jurist, kandidiert im Wahlkreis 16 (Greifswald – Demmin – Ostvorpommern). Weitere Direktmandate sollen der Wunschvorstellung des Wahlkampfleiters und NPD-Bundesvize Peter Marx zufolge in der Sächsischen Schweiz, in Riesa-Großenhain-Kamenz und im Spreewald gewonnen werden.

Seine politische Laufbahn startete Andrejewski, zeitweilig Mitglied der Jungen Nationaldemokraten, als Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender der 1982 ins Leben gerufenen NPD-nahen Organisation Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA; zuvor: Wählergemeinschaft Hamburger Liste für Ausländerstopp). Die HLA erzielte bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg in den Jahren 1982 bis 1991 Ergebnisse zwischen 0,4 und 0,7 Prozent.

1989 amtierte Andrejewski als Sprecher der Hamburger Hochschulgruppe der DVU. Im Jahr 1992 zeichnete er verantwortlich für ein Flugblatt einer „Aktion ‘Rostock bleibt deutsch’“, das in einer angeblichen Auflage von 100 000 Exemplaren in den Neubauvierteln von Rostock verteilt wurde. Titel des Flugblattes: „Widerstand gegen die Ausländerflut“. In dem Text an die „Lieben Rostocker Landsleute“ heißt es unter anderem: „Seid nicht so vertrauensselig, wie wir es im Westen gewesen sind, als uns die Politiker versicherten, es würden nur Ausländer kommen, und das auch nur als Gastarbeiter auf Zeit. Heute haben wir 6 Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehöre jetzt auch ihnen.“ Aufgerufen wurde in dem Flugblatt auch zur Gründung einer Bürgerinitiative in Rostock, die „deutsche Interessen“ in Rostock vertreten solle. Als Kontaktadresse diente die Postfachanschrift der HLA in Hamburg. Im August 1992 war es zu pogromähnlichen Ausschreitungen von Rechtsextremisten in Rostock-Lichtenhagen gekommen. Die Bilder von brennenden Asylbewerberheimen und Menschen in Todesangst gingen um die Welt.

Im Dezember 1992 wurde der HLA-Ableger „Aktion Mecklenburg/Vorpommern bleibt unser“ (MBU) gegründet und Andrejewski, der zeitgleich als HLA-Vize amtierte, zum Landesvorsitzenden gekürt.

In Mecklenburg-Vorpommern zählt Andrejewski zu den vielgefragtesten Rednern in der rechtsextremen Szene. Zuletzt trat er am 9. Juli auf einer Demonstration von NPD, „Sozialem und Nationalem Bündnis Pommern“ (SNBP) und der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ (MAF) in Schwerin in Erscheinung. Rund 150 Rechtsextremisten waren unter dem Motto „Für Arbeit und Gerechtigkeit – Schluss mit dem Volksbetrug“ aufmarschiert. Redner neben Michael Andrejewski waren der NPD-Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern Stefan Köster, der JN-Bundesvorsitzende Stefan Rochow, Michael Gielnik von der Bürgerinitiative „Schöner wohnen in Ueckermünde“ und der Neonazi Thomas Wulff (NPD).

Deutliche Worte fand Andrejewski am 11. August vergangenen Jahres auf einer Demonstration der „Initiative für Volksaufklärung“ in Anklam. Unterstützt wurde der Demo-Aufruf von der NPD und dem „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis“. In seiner Rede verglich Andrejewski die Bundesrepublik mit einer Diktatur: „Ob es sich um eine Demokratie oder eine Diktatur handelt, kann man daran ablesen, ob sich die Mehrheit mit ihren Forderungen oder permanent eine Minderheit durchsetzt. In der BRD ist es eine deutlich erkennbare Tatsache, dass sich immer wieder eine kleine Minderheit durchsetzt, weil das Volk als Mehrheit zu wesentlichen Punkten nicht befragt wird.“

Anton Maegerle

"Hemmungsloses Auftreten"

Brandenburg verbietet Neonazi-Kameradschaft – die rechte Gewalt hält unvermindert an.

Am 15. Juli hat das Brandenburger Innenministerium einen Verein mit der Abkürzung ANSDAPO verboten. Offiziell lautete der Name „Alternative Nationale Strausberger DArt Piercing und Tattoo Offensive“. Für die Pressesprecherin des Innenministeriums handelt es sich hierbei eindeutig um eine Tarnbezeichnung. „Bereits die Namensgebung ‘ANSDAPO’ weist unverkennbar auf die Nähe zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und ihrer Auslandsorganisation NSDAP (AO) sowie der von den USA aus operierenden NSDAP/AO ... hin“, heißt es in der Presseerklärung zum Verbot.

Der Verein war am 1. August 2004 gegründet worden. Er ist aus der Kameradschaft ANSDAPO hervorgegangen, die erstmals im Jahr 1998 durch die Organisierung eines rechtsextremen Konzertes in Erscheinung getreten ist. Die Mitglieder der ANSDAPO traten wiederholt durch die Kleidung sichtbar als organisierter Verband auf. Vereinszeichen war der Schriftzug ANSDAPO über einer großen schwarzen Sonne, der auf T-Shirts, Pullovern und Westen getragen wurde. Der Verein umfasste 19 Mitglieder, bei denen im Zuge der Verbotsverfügung Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden.

Die Polizei hatte auch die Wohnräume des Sohnes der Vorsitzenden der Brandenburger DVU-Landtagsfraktion Liane Hesselbarth durchsucht. F. Hesselbarth fungierte als Kassenwart und Beisitzer im Vorstand der ANSDAPO. Die DVU bestritt sofort jede Verbindung zu dem verbotenen Verein. So wie die politische Tätigkeit von Frau Hesselbarth sich nicht auf den Schulabschluss ihres Sohnes auswirken dürfe, hätten seine Aktivitäten „keinen Einfluss auf die politische Arbeit seiner Mutter“, erklärte ein DVU-Sprecher.

Nach Angaben der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ haben Verfassungs- und Staatsschutz Hinweise darauf, dass sich die Verbindungen zwischen DVU und ANSDAPO nicht nur auf die verwandtschaftlichen Beziehungen begrenzten. So wäre F. Hesselbarth auf DVU-Festen mit dem ANSDAP-Symbol aufgetreten. Das wollte selbst die DVU nicht ausschließen. Man achte nicht auf Schriftzeichen, die man nicht kenne, erklärte DVU-Sprecher Bernd Dröse.

Die Aktivitäten F. Hesselbarths sind länger öffentlich bekannt. So war er gemeinsam mit anderen Vereinsmitgliedern im Januar 2005 an einem Überfall auf das alternative Strausberger Jugendzentrum „Horte“ beteiligt. Die „Horte“ stand aber auch im Visier der DVU. Der linke Jugendklub war das Thema der zweiten Großen Anfrage der DVU im Landtag im Februar 2000. Liane Hesselbarth sprach im Parlament von einem „linksextremistischen Zentrum“, einem „Chaotentreff“, der Anwohnern „ein Dorn im Auge“ sei und in dessen Umgebung „Spritzen Drogensüchtiger“ liegen würden. „Ich und mein Kind haben das oft genug zu spüren bekommen“, versuchte sie ihre Behauptungen zu untermauern.

Mit der ANSDAPO ist die vierte rechtsextreme Organisation in Brandenburg verboten worden. Im April dieses Jahres hatte Innenminister Jörg Schönbohm die „Kameradschaft Hauptvolk“ und ihre Untergliederung „Sturm 27“ in Rathenow verboten. 1995 musste die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ und zwei Jahre später die „Kameradschaft Oberhavel“ ihre Aktivitäten einstellen.

Doch die rechte Gewalt hält in Brandenburg unvermindert an. Vor allem in Potsdam kam es in den letzten Wochen zu Übergriffen auf linke und alternative Jugendliche. Eine Sprecherin der Organisation Opferperspektive spricht von einer „momentan hemmungslos auftretenden Rechten“. Im Juni standen in Potsdam zwei Rechtsextremisten wegen des Überfalls auf den Jugendclub „Chamäleon“ in der Sylvesternacht 2002/2003 vor Gericht. Die massiv bei dem mehrtägigen Verfahren anwesenden Rechten setzten Prozessbesucher unter Druck und verhinderten die Teilnahme einer Schulklasse.

Bei der Vorlage des Verfassungsschutzbericht 2004 betonte Innenminister Jörg Schönbohm, ihm bereite der Rechtsextremismus in dem Bundesland weiterhin die größten Sorgen. Die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten sind 2004 von 87 (2003) auf 105, die Propagandadelikte von 669 (2003) auf 722 gestiegen.

Peter Nowak

Anklage wegen Schulhof-CD

Neonazi-Unternehmer steht im Herbst voraussichtlich vor Gericht.

Gegen einen der mutmaßlichen Drahtzieher des Neonazi-Projektes „Schulhof-CD“, Lutz Willert aus Kuhlhausen ist Anklage erhoben worden. Der 31-Jährige soll die „schwer jugendgefährdete Musik-CD“ mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit-Lieder aus dem Untergrund“ im großen Stile „vorrätig gehalten“ haben, berichtete die „Mitteldeutsche Zeitung“. Im Gegensatz zum Neonazi-Unternehmer Thorsten Heise aus Thüringen, der sich mit der Unterstützung dieser „konzertierten Aktion“ brüstet, streitet Willert die Vorwürfe ab. Dabei hatten Ermittler bei einer Razzia vor einem Jahr entsprechende Lieferscheine für die CDs entdeckt, die von Willert unterzeichnet worden sein sollen. Von den 50 000 Tonträgern fehlt bis heute jede Spur, nach Angaben von Insidern kursieren vereinzelte CDs bereits unter Jugendlichen.

Verfassungsschutz und Kriminalämter waren Anfang 2004 auf das Projekt Schulhof aufmerksam geworden, nachdem es im Forum von „panzerfaust-records“ diskutiert worden war. In internen Anweisungen gingen sie zunächst von einer Auflage von 250 000 Tonträgern aus, die Kultusministerien und Schulen wurden aufgefordert, Stillschweigen zu wahren. So hieß es im Verteiler: „Um die Aktionen der rechtsextremen Gruppen nicht zusätzlich aufzuwerten, raten wir von Öffentlichkeitsarbeit zunächst ab.“

Nach Medienrecherchen über die Gefährlichkeit dieser neuartigen Aktion der Neonazis und auf öffentlichen Druck hin lenkten die Behörden ein. Wegen der besonderen Bedeutung des Verfahrens wurden die Ermittlungen im Sommer 2004 dann an die bei der Staatsanwaltschaft Halle angesiedelte Zentralstelle für jugendgefährdende Schriften abgegeben. Die Naumburger Generalstaatsanwaltschaft hatte zuvor einen bundesweiten Beschlagnahmebeschluss erwirkt, um damit sicherzustellen, dass man trotz möglicher unterschiedlicher Rechtsauffassungen der Bundesländer in der ganzen Bundesrepublik aktiv werden konnte. Willert wird sich voraussichtlich im Herbst vor Gericht verantworten müssen.

Andrea Röpke

Verfassungschutz

Neonazis in der NPD

In Thüringen wächst das militante Spektrum an.

Der aktuelle Bericht des Landesverfassungsschutzes weist für Thüringen einen leichten Anstieg des rechtsextremen Personenpotenzials auf. Das militante rechte Spektrum wird nunmehr mit 500 Aktivisten, davon 410 Skinheads (plus 30) beziffert. Der Neonaziszene werden nach wie vor 250 Anhänger zugerechnet. Auch der thüringische NPD-Landesverband unter der Führung von NPD-Bundesvorständler Frank Schwert steigerte seine Mitgliederzahl auf 180 (plus 30). Nach Erkenntnissen der Behörden arbeiten Neonazis und NPD in Thüringen seit Jahren offen zusammen. Im Berichtszeitraum hätten sich die personellen und aktionistischen Verflechtungen noch verstärkt, heißt es. Bekannte Thüringer Neonazis (unter anderem Thorsten Heise, Michael Burkert) übernahmen Führungspositionen in der NPD. Zu den „führenden Neonazis im Freistaat“ zählt auch der NPD-Funktionär Ralf Wohlleben.

Der Bericht hält fest, dass Thüringen wegen des Angebots an preisgünstigen Immobilien auch für „überregional agierende Rechtsextremisten“ interessant sei. Erwähnt wird neben anderen die von dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger über eine „Briefkastenfirma“ erworbene Immobilie in Pößneck. Dort veranstaltete am 16. Juli die NPD ihren Landesparteitag zur Kür der Kandidaten für die Bundestagswahl. Mit von der Partie war auch der DVU-Landeschef Walter Beck, der als Direktkandidat antreten wird. Der Abwärtstrend des inaktiven DVU-Landesverbandes wird jedoch durch das Eintreten für das NPD/DVU-Projekt „Volksfront von Rechts“ nicht gestoppt, wird im Bericht angemerkt. Mitgliederverluste hinnehmen mussten ebenso die Republikaner (90; minus 10), die Deutsche Partei hielt ihren Stand von 20 Personen.

Einen Rückgang verzeichnet der Landesverfassungsschutz im Jahr 2004 bei den rechtsextrem motivierten Straftaten auf 591 (2003: 774) Vorfälle, an rechtsextrem motivierter „Gewaltkriminalität“ wurden 36 (48) Delikte gezählt.

G.N.

Ausland

Gebombt und gemordet

Ex-FN-Bürgermeister errichtet rechtsterroristischen OAS-Kämpfern ein Denkmal.

Der Bürgermeister der Marseiller Trabantenstadt Marignane, Daniel Simonpieri, gehört seit März 2004 als parteiloser Abgeordneter der Fraktion der bürgerlichen Parteien UMP und UDF im Bezirksparlament von Marseille an. Davor war Simonpieri von 1974 bis 1999 Mitglied des rechtsextremen Front National und bis 2002 der FN-Abspaltung Mouvement National Républicain unter Bruno Mégret, die in einem städtischen Saal in Marignane gegründet worden war. Aufgrund ihrer chronischen Erfolglosigkeit kehrte Simonpieri der Partei den Rücken.

Simonpieri macht nun erneut Schlagzeilen. Er ließ auf einem städtischen Friedhof in Marignane ein Denkmal für die „113 Kämpfer und Erschossenen, die fielen, damit L'Algérie française (das französische Algerien) leben kann" errichten. Damit sind niemand anders als die Rechtsterroristen der OAS (Organisation Armée Secrète) gemeint, die 1962/63 unter Präsident Charles de Gaulle hingerichtet wurden. Die OAS bombte und mordete seit dem Frühjahr 1961 gegen den Rückzug aus dem Kolonialkrieg in Algerien. Zu ihren Aktionen gehörten Bombenanschläge auf arabische Märkte und andere Menschenmengen ebenso wie gezielte Morde an französischen „Verrätern" oder regierungsloyalen Polizeifunktionären. Unter den vier Namen, die das Denkmal von Marignane trägt, findet sich der von Jean-Marie Bastien-Thiery. Er verübte im September 1962 ein Maschinengewehr-Attentat gegen de Gaulle, das jedoch scheiterte.

Am 6. Juli sollte das Denkmal eingeweiht werden. Die geplante Feier konnte nicht stattfinden, da der Auflauf verboten wurde. Rund 600 Teilnehmer, darunter viele hochrangige Funktionäre des rechtsextremen Front National wie Marie-France Stirbois, Bernard Antony oder Roger Holeindre, kamen dennoch zusammen. Sie mussten jedoch vor den Friedhofstoren bleiben, die durch Polizeikräfte bewacht wurden.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

Verfolgte des NS-Regimes

In einer Broschüre wird an den sozialdemokratischen Widerstand in Hamburg erinnert.

Kürzlich kamen die Mitglieder der Bürgerschaft und des Landesvorstandes der Hamburger SPD zusammen, um an die Verhaftung der Parteispitze vor 72 Jahren zu erinnern. Auf dem Treffen präsentierte die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS) einen „Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und sozialdemokratischem Widerstand" in der Hansestadt.

In der Ausgabe eins der Schriftenreihe werden vom Rathaus bis zum Besenbinderhof 15 Gebäude in der „inneren Stadt" vorgestellt, die mit sozialdemokratischen Biografien gegen den Nationalsozialismus verwoben sind. So erfährt der Leser, dass die Verhaftung des Parteivorstands seinerzeit in der Großen Theaterstraße stattgefunden hat. Dort befand sich bis 1933 die Zentrale der SPD, die 1932 in Hamburg 57 000 Mitglieder zählte. „Hinter den Hausnummern 42-44 versammelten sich die führenden Sozialdemokraten zum letzten Mal, um die politische Situation angesichts des NS-Terrors zu erörtern", heißt es in einer Erklärung der AvS. Noch am gleichen Abend wurden die etwa 30 Teilnehmer von der bereits gleichgeschalteten Polizei und der SA verhaftet und in der Gestapo-Zentrale im Stadthaus schikaniert und misshandelt. Am 22. Juni 1933 verboten die neuen Machthaber die SPD – auch die Hamburger Zusammenkunft diente als Vorwand.

Die 52 Seiten starke Broschüre wurde von dem Historiker Holger Martens verfasst. Unter dem Stichwort „Rathaus" sind die Kurzbiografien der fünf sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordneten aufgelistet, die zu den Opfern der Nazis gehörten: Kurt Adams, Adolf Biedermann, Theodor Haubach, Wilhelm Heidsiek und Otto Schumann. Ferner erinnert der Autor an den jüdischen SPD-Senator Max Mendel, der 1942 im KZ Theresienstadt umkam.

Volker Stahl

Die Broschüre kann bei der Hamburger SPD, Tel. 040 / 280 848 23 angefordert werden.

In die Offensive gehen

Bremer Tageszeitung dokumentiert ihre Auseinandersetzung mit der extremen Rechten.

Bei der Beschäftigung mit rechtsextremen Aktivitäten in ihrem Verbreitungsgebiet gehen die Bremer Tageszeitungen AG und ihr Flaggschiff „Weser-Kurier“ vorbildlich voran. Sie suchten und suchen die offensive Auseinandersetzung in Form von zahlreichen, bewusst parteiisch gehaltenen Artikeln. Nun intensiviert der Verlag diese Auseinandersetzung mit der extremen Rechten weiter – durch ein 107-seitiges Buch mit dem Titel „Sie marschieren wieder...“.

Darin werden diverse Beiträge im „Weser-Kurier“ dokumentiert. Unter anderem wird unter dem Titel „Spinnen an braunen Netzen“ geschildert, wie Bremer Neonazis im Untergrund an einer „Volksfront von rechts“ arbeiten. Eines der Paradebeispiele für das weitere Verschwimmen von Grenzen gibt der ehemalige NPD-Landeschef Jörg Hendrik Wrieden ab, der heute den NPD-Ortsverband Bremen-Nord leitet. Wrieden wurde wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt, nachdem er per NPD-Fax eine Mitteilung der Skinhead-Organisation „Blood &Honour“ verbreitet hatte. In ihr war unter anderem zum Schießen auf Polizisten aufgerufen worden.

Der braune Rand der Jugendszenen Dark Wave und Black Metal wird ebenso beleuchtet wie der destruktive Einfluss von Rechtsrock, den Neonazi-Kameradschaften und die NPD beispielsweise über Gratis-CDs in Umlauf bringen; diese werden bevorzugt auf Schulgeländen verteilt. Einen breiten Raum in dem Buch nimmt der „Heisenhof“ von Jürgen Rieger in Dörverden ein. Protagonisten dieser Heisenhof-Nutzung werden porträtiert, etwa der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann, der „braune Chirurg“ Rigolf Hennig aus Verden und verschiedene Vertreter der nachwachsenden Neonazigeneration. Nicht zuletzt wird aber auch dargestellt, wie sich in Dörverden und Umgebung der Widerstand gegen die Nazis formiert und wie er in Hetendorf bereits erfolgreich war; dort wurde ein rechtsextremes Schulungszentrum geschlossen.

Besonderen Reiz erhält „Sie marschieren wieder...“ durch bestimmte Bezüge zur nationalsozialistischen Vergangenheit, die gerne „vergessen“ werden. Dazu gehören NS-Kultstätten im Bremer Umland wie der Sachsenhain in Verden, der Niedersachsenstein in Worpswede und das Schlageter-Denkmal bei Visselhövede. Auf „Ahnenstätten“ in Conneforde und in Hilligenloh werden auch heute noch bekennende Nazis zur letzten Ruhe gebettet.

Das Vorwort zu der Publikation stammt von „Weser-Kurier“-Verleger Herbert C. Ordemann. Er schreibt: „Die konsequente Unterdrückung des freien Wortes war eine wesentliche Ursache für den Erfolg der Nationalsozialisten. Die demokratischen Siegermächte hielten deshalb zu Recht die Errichtung einer freien Presse für unverzichtbar.“ Wer als Zeitzeuge damals die Entwicklung des Nationalsozialismus miterleben musste – so Ordemann –, der erfahre heute mit der Entwicklung des Rechtsextremismus „eine unheimliche Duplizität der Ereignisse“ und erkenne die daraus entstehende Gefahr für unser Land. Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Henning Scherf zum einen und Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff zum anderen haben das Geleitwort zu dem Buch verfasst. Ihr Appell: „Wir müssen die Erinnerung an die Vergangenheit wach halten und die Auseinandersetzung annehmen mit allen, die auch heute noch die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, verklären oder gar verherrlichen und Hass gegen Fremde und Minderheiten säen.“ Notwendig seien Wachsamkeit, Zivilcourage und engagiertes Einstehen für die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft.

Einen Gastbeitrag zu dem Buch hat auch der ehemalige bremische Bürgermeister Hans Koschnick, bis November 2004 Vorsitzender der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie erstellt. Der SPD-Politiker betont darin: „Der Rechtsextremismus bezieht einen großen Teil seiner Kraft aus der stillen Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung und aus der Gleichgültigkeit anderer Teile der Bevölkerung. Wo der Rechtsextremismus stark ist, ist die Demokratie schwach.“

Thomas Klaus

Das Buch „Sie marschieren wieder...“ kann über die Bremer Tageszeitungen AG, 28189 Bremen bezogen werden zum Preis von 2,50 Euro.

Blick in die Zeitgeschichte

Ungeklärter Tod

Der Gerstein-Bericht gilt als wichtiges Dokument zur Vernichtungspolitik der Nazis.

In diesen Tagen vor 60 Jahren ist ein Mann gestorben, an den sich kaum noch jemand erinnert, obwohl er zu den wichtigsten Augenzeugen der Schoah gehört. Nur seine Geburtsstadt Münster in Westfalen hat kürzlich an dem Haus, in dem er geboren wurde und aufwuchs aus Anlass des 60. Jahrestages seines Todes eine Gedenktafel angebracht: Kurt Gerstein. Sein Name ist in die Geschichte eingegangen.

Der Bericht, der seinen Namen trägt, ist eines der eindruckvollsten Zeugnisse über den Massenmord in einem Vernichtungslager: der Gerstein-Bericht. Er hat ihn im Mai 1945 im Gefängnis in Paris geschrieben in der Hoffnung, vor Gericht als Zeuge aussagen zu können. Die französische Justiz glaubte ihm aber nicht. Am 23. Juli 1945 entdeckten ihn Angehörige des Justizpersonals am Fenstergitter in seiner Zelle erdrosselt. Ob Gerstein sich das Leben genommen hat, weil ein Pariser Gericht ihn nicht als Zeugen vernehmen wollte, oder ob ihn andere im selben Gefängnistrakt einsitzende SS-Leute umgebracht haben, um einen Tatzeugen zu beseitigen, ist nie geklärt worden. Gegen den Suizid sprechen Gersteins tiefe Gläubigkeit als evangelischer Christ und seine Körpergröße von fast zwei Metern. Er hätte mit der Schlinge um den Hals tief in die Knie gehen müssen, um keine Luft mehr zu bekommen. Selbsttötungsexperten halten eine solche Art des Suizids für fast unmöglich.

Versuche, in Paris seine Spur zu finden, endeten in den 70er Jahren auf dem Friedhof. Auf Gersteins Grabstein finden sich nur das Jahr der Geburt 1905 – und das Todesjahr 1945. Der Schriftsteller Rolf Hochhuth hat Kurt Gerstein vor dem völligen Vergessen bewahrt. In dem Theaterstück „Der Stellvertreter“ spielt Gerstein neben Papst Pius XII. eine zentrale Rolle. Und das kam so:

Obwohl der Bauingenieur Kurt Gerstein im Mai 1933 in die NSDAP eingetreten war, blieb er Mitglied des evangelischen Bibelkreises und später der NS-kritischen „Bekennenden Kirche“. Deshalb wurde er 1936 aus dem Staatsdienst entlassen und 1938 nach kurzer KZ-Haft aus der NSDAP ausgeschlossen. Da die große Gerstein-Familie wohlhabend war, konnte er Medizin studieren und das Studium abschließen. Während jener Zeit wurde eine Schwägerin Opfer der Nazi-„Euthanasie“. Nun wollte Kurt Gerstein Einzelheiten des staatlichen Mordprogrammes erfahren. Er meldete sich als Freiwilliger zur Waffen-SS, wurde als Mediziner gern genommen und im November 1941 als Seuchenexperte ins Hygiene-Institut des SS-Führungshauptamtes nach Berlin kommandiert. Nun war er in der Zentrale. Anfang 1942 brachte Gerstein es zum Abteilungsleiter „Technische Desinfektion in der Gesundheitspolitik“. Damit war er für die Beschaffung des tödlichen Gases Zyklon B für die SS zuständig. Er beschäftigte sich mit der Anwendung und Wirkung des Insektenvernichtungsmittels und erhielt im August 1942 den Auftrag, 100 kg des Kristalls ins besetzte Polen zu bringen und zwar in die Vernichtungslager Treblinka und Belzec.

In Belzec beobachtete er durch ein Glasfenster in der Tür zur Gaskammer, wie die Menschen erstickten. Zurück in Berlin schilderte er engen Freunden, was er erlebt hatte. Er suchte und fand Kontakte zu niederländischen und schwedischen Vertrauten aus der evangelischen Kirche. Diesen fiel es schwer zu glauben, was der SS-Führer berichtete. Sie unterrichteten ihre Vorgesetzten in Stockholm und Den Haag, was freilich keine Folgen hatte. Am meisten versprach sich Gerstein vom Vatikan. In der päpstlichen Nuntiatur zu Erzbischof Cesare Orsenigo wurde er aber gar nicht erst vorgelassen. Das Umfeld dieser Szene hat Hochhuth recherchiert und zu einem Hauptvorwurf gegen den Vatikan im „Stellvertreter“ gemacht.

Der in französischer Haft verfasste Bericht über den erwähnten und andere Besuche in Vernichtungslagern gilt heute trotz einiger offensichtlicher Fehler als wichtiges Dokument der Vernichtungspolitik der Nazis. Besonders die Aussagen seines Reisebegleiters SS-Standartenführer Wilhelm Pfannenstiel haben bestätigt, was Gerstein aufgeschrieben hat. Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg hat den Gerstein-Bericht zum Teil der Anklage gemacht. Es besteht heute wohl kein Anlass mehr, den Bericht zu bezweifeln. Gersteins Tod wird vermutlich niemals aufzuklären sein.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Rudolf-Heß-Gedenkmärsche

Köln – Im Vorfeld der Rudolf-Heß-Demo am 20. August im fränkischen Wunsiedel plant die Neonaziszene weitere Demonstrationen in Erinnerung an den Hitler-Stellvertreter. In einem Aufruf, den unter anderem der Kölner Rechtsextremist Axel Reitz verbreitet, werden unter dem Motto „Gegen antideutsche Geschichtsmanipulation – Für ein würdevolles Gedenken an Rudolf Heß“ zwei Veranstaltungen am 2. August im Leverkusener Stadtteil Opladen und einen Tag später in Köln angekündigt. Der Neonazi-Auflauf in der Domstadt soll am Ebertplatz begingen – was die Veranstalter mit dem Hinweis verbinden, dass es sich dabei um den früheren „Adolf-Hitler-Platz“ handele. (ts)

NPD rüstet zur Wahl

Pößneck/Mainz – Bei Parteitagen in Thüringen und Rheinland-Pfalz nominierte die NPD weitere Bundestagskandidaten. In Thüringen führt Rita Hoffmann die NPD-Landesliste an. Sie ist nach Angaben der NPD parteilos, dürfte aber als „National-Zeitungs“-Autorin auf dem Ticket der DVU auf die Liste geraten sein. Auf die folgenden Plätze wählte ein Parteitag in Pößneck den NPD-Landesvorsitzenden Frank Schwerdt, seinen Stellvertreter Ralf Wohlleben und Thorsten Heise, seit dem vorigen September Mitglied der Partei und im Bundesvorstand Verbindungsmann zur „Freien“-Szene. Der DVU-Landesvorsitzende Walter Beck soll in Erfurt/Weimar als Direktkandidat antreten. In Rheinland-Pfalz führt der Landesvorsitzende Peter Marx die Landesliste an. Auf dem zweiten Platz kandidiert einem Forumsbeitrag zufolge als Vertreter der DVU ein Rechtsanwalt Paul Petri. Der Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke belegt den dritten Platz vor Marx’ Stellvertreter Safet Babic. Auf dem achten beziehungsweise zehnten Platz treten der Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl und Landeswahlkampfleiter Sascha Wagner an. (ts)

Rechtsextremer Veteran abgetreten

Großbritannien (Hove) – John Tyndall, Gründer der rechtsextremen British National Party (BNP), ist in Hove, East Sussex, im Alter von 71 Jahren an einem Herzinfarkt verstorben. Tyndall, ehemals Vorsitzender der National Front, führte die BNP seit ihrer Gründung im Jahre 1982 bis 1999. Nachfolger im Amt des BNP-Vorsitzenden wurde Nick Griffin. Beim Pressefest der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ am 9. August 2003 im sächsischen Meerane hielt Tyndall eine vom ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert übersetzte Rede über das deutsch-britische Verhältnis. Im gleichen Jahr stand er auch der „National-Zeitung“, die ihn als „Symbolfigur der äußersten Rechten“ charakterisierte, zur Verfügung. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de